

Aus einer Reihe von Tatsachen, die zeugen, daß der Wille für die neue demokratische Politik auch bei der Arbeiterschaft in den westlichen Besatzungszonen vorhanden ist, nur eine kurze Illustrierung!

Im badischen Weinheim wird ein Betriebsratsvorsitzender entlassen. Die Belegschaft streikt. Der Betriebsrat hat der Direktion nicht mehr gepaßt. In kurzer Zeit war die Belegschaft instande, durch die Solidarität der übrigen Betriebe den Streik vier Wochen lang durchzuführen. Der Betriebsratsvorsitzende mußte wieder eingestellt werden. (Beifall.)

Bei Bosch, Stuttgart, hat die Belegschaft monatelang einen zähen Kampf geführt gegen die Verlagerung eines Teilbetriebes von Bosch in das Saargebiet. Der Kampf wurde mit einem Plus für die Belegschaft beendet. Jetzt hat die Direktion einen Nazi-Rechtsberater eingestellt, ohne den Betriebsrat zu fragen. Die Belegschaft von 4500 Mann trat in den Streik. Die Gewerkschaften verlangten, daß eine Schlichtungsinstanz angerufen wird. Die Belegschaft lehnte ab und streikte weiter. Der Nazi-Rechtsberater mußte entlassen werden. (Beifall.)

Welches ist die Stellungnahme der sozialdemokratischen Führung zu diesem Streik? — Die Sozialdemokratie schreibt in ihren Blättern, sie muß den Streik und die Methode ablehnen, weil nicht die letzten staatlichen Instanzen angerufen worden seien. Wohlverstanden, schreibt diese Zeitung, wir kennen die Gefahren, die uns aus der Restauration des Privatkapitals erwachsen, aber wir kennen auch jene Gefahren, welche von den als Demokraten getarnten Diktaturanbetern drohen; der Erfolg allein schafft noch nicht das Recht. Mit dieser Auffassung werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter bei Bosch auseinandersetzen müssen, und unsere kommunistischen Arbeiter werden ihnen dabei kameradschaftlich helfen. Der innere Zusammenhalt dieser und der übrigen Belegschaften werden sie befähigen, beim Kampf um die Schaffung fortschrittlicher Betriebsvereinbarungen um das Mitbestimmungsrecht reale Ergebnisse zu erzielen.

Der Kampf wird natürlich erschwert durch zonale und politische Zerrissenheit. Hinzu kommt, daß die Politik der Kompensationen, von der Walter Ulbricht gestern sprach, neue zusätzliche Schwierigkeiten schafft, mit dem Bestreben der Unternehmer, diese neuen Bedingungen der Zersetzung und der Korruption als unheilvolle Waffe auszunutzen. Auch dieses Ergebnis der Politik in den westlichen Besatzungszonen wird von den Feinden benutzt, um zusätzlich die Verwirrung zu steigern und das, was der CDU teilweise gelungen ist, mit der Heranführung an ihren Wagen weiter fortzusetzen.